

⇒ Matthias Zimmer

Das beschädigte Horn der Amalthea. Gedanken zur Verortung der Arbeit der En- quete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages

Die griechische Mythologie erzählt die Geschichte der Ziege Amalthea, die Zeus, der sich als Baby vor seinem Vater Kronos verstecken musste, mit Milch nährte. Im Spiel brach er der Ziege versehentlich ein Horn ab. Dieses Horn, Cornucopia, wurde zum Ausgleich mit magischen Kräften versehen: Als Füllhorn wurde es ein Symbol von Wohlstand und Glück, von Reichtum und Überfluss. Das ist ein schönes, ein treffendes Bild: Unser neuzeitliches Füllhorn ist Wachstum, also die Vermehrung von Gütern und Dienstleistungen. Wie aus einem Füllhorn gegossen sind Wachstum und Wohlstand in den letzten Jahrzehnten gewachsen, ja zu dem eigentlichen Gründungsmythos der Bundesrepublik geworden. Wachstum wurde zur eigentlichen irenischen Formel der Bundesrepublik. Die Stabilisierung der westdeutschen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg verdankt sich der Wachstumspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft; das Versprechen eines »Wohlstands für alle« blieb auch im Prozess der Vereinigung 1990 ein attraktives Gegenmodell zur Nischengesellschaft des real existierenden Sozialismus. Aber Wachstum ist heute nicht mehr so unbefragt Leitbild der gesellschaftlichen Entwicklung wie

etwa in der formativen Phase der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Das Horn der Amalthea ist beschädigt. Es werden kritische Fragezeichen hinter das Wachstum gemacht: Bringt mehr Wachstum mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität? Was sind die gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Kosten des Wachstums? Um diese Fragen zu beantworten, hat der Deutsche Bundestag im November 2010 auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen die En-

Zimmer, Matthias, geb. 1961 in Marburg/Lahn, Privatdozent Dr. rer.pol; Studium Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Völkerrecht in Trier, Indiana/Pa und München. Promotion an der Universität der Bundeswehr, Hamburg, Habilitation an der Universität zu Köln. Seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Neuere Veröffentlichungen:

Moderne, Staat und internationale Politik, Wiesbaden 2008.

quete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« eingesetzt.¹ Der Arbeitsauftrag der Kommission bewegt sich in einem Diskussionsumfeld, das in den letzten Jahren an Dynamik zugenommen hat. Dabei geht es zunächst um die Frage, ob das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für das Wachstum einer Volkswirtschaft einen Bezug hat zu Wohlstand und Lebensqualität. Damit verbunden ist die Frage, ob es alternative Wohlstandsindikatoren gibt, die besser geeignet sind, über das Wohlbefinden einer Gesellschaft Auskunft zu geben. Die Kritik am BIP ist nicht neu. Schon 1968 hat Robert Kennedy in einer Rede an der University of Kansas bemängelt, das BIP messe alles außer dem, was das Leben lebenswert mache.² Somit ist die Frage berechtigt, »ob die Orientierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ausreicht, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen abzubilden« (Deutscher Bundestag Drucksache 17/3853 2010). Im Folgenden will ich, aus der Sicht eines Beteiligten, einige Schlaglichter auf die Arbeit der Kommission werfen und einige Überlegungen zu ihrer Verortung anstellen. Dafür werde ich zunächst den Problemhintergrund der Enquete-Kommission darstellen (1), um dann in (2) den Auftrag an die Kommission zu skizzieren. In (3) erörtere ich unterschiedliche Zugänge zu der Thematik und begründe, warum es vor allem die Union schwer hat, eine einheitliche und konsensuelle Linie zu finden. In Teil (4) greife ich die Debatte um die Frage auf, welcher Indikator (oder Satz von Indikatoren) geeignet erscheint, um dann im Folgenden auf die Frage nach der Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch (5) das

(1) Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3853;
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/038/1703853.pdf>

(2) »Too much and too long, we seem to have surrendered community excellence and community values in the mere accumulation of material things. Our gross national product ... counts air pollution and cigarette advertising, and ambulances to clear our highways of carnage. It counts special locks for our doors and the jails for those who break them. It counts the destruction of our redwoods and the loss of our natural wonder in chaotic sprawl. It counts napalm and the cost of a nuclear warhead, and armored cars for police who fight riots in our streets. It counts Whitman's rifle and Speck's knife, and the television programs which glorify violence in order to sell toys to our children. ... Yet the gross national product does not allow for the health of our children, the quality of their education, or the joy of their play. It does not include the beauty of our poetry or the strength of our marriages; the intelligence of our public debate or the integrity of our public officials. It measures neither our wit nor our courage; neither our wisdom nor our learning; neither our compassion nor our devotion to our country; it measures everything, in short, except that which makes life worthwhile.« (Kennedy 1968)

Problem effektiver »governance« jenseits des Nationalstaats zur Bewältigung globaler Krisen (6) zu thematisieren. Abschließend will ich in Anlehnung an einen Aufsatz von John Maynard Keynes über die ökonomischen, sozialen und ökologischen Möglichkeiten unserer Enkel spekulieren.

⇒ 1 Problemhintergrund

Bis in das 20. Jahrhundert hinein gab es einen engen Zusammenhang von Fortschritt, Wachstum und Wohlstand (Zimmer 2011). Fortschritt wurde nicht nur materiell als eine Ausweitung der Verfügbarkeit über materielle Ressourcen und technisch als zunehmende Weltbeherrschung interpretiert, sondern auch als Vervollkommnung des Menschengeschlechts schlechthin. Diese Form der Fortschritts-gewissheit zerbrach: In Europa durch die Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs und den Zivilisationsbruch des Holocaust, in den USA spätestens mit dem Vietnamkrieg. Zudem wurden die in Kauf genommenen Folgeschäden eines technischen Fortschritts deutlich. Der Bericht des Club of Rome von 1972 sprach erstmals von »Grenzen des Wachstums« (Meadows 1972); seither ist die Möglichkeit der Überforderung der natürlichen Ressourcen durch wirtschaftliches Wachstum ein fester Punkt der politischen Debatte. Die Publikation des Club of Rome gilt als Startschuss der Ära der Ökologie (Radkau 2011), die freilich diskursive Vorläufer hatte. Wichtige frühe Meilensteine der ökologischen Debatte sind die UNO-Weltkonferenz über die menschliche Umwelt 1972³, der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987 (Brundtland-Bericht)⁴ und die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Seither ist das Bewusstsein für die ökologische Frage und ihre Wechselwirkungen in der internationalen Arena ebenso präsent wie die kritischen Anfragen an das traditionelle wirtschaftliche Wachstumsmodell, das sich in den industrialisierten Staaten des Ostens wie des Westens durchgesetzt hatte. Angesichts der ökologischen Folgeschäden, aber auch der sozialen Verwerfungen, die die Wachstumspolitik hervorgebracht hat, schob sich die Frage in den

(3) Auf Vorschlag der Konferenz wurde durch die UN-Vollversammlung das UN-Umweltprogramm UNEP mit Sitz in Nairobi gegründet.

(4) Mit der viel zitierten Definition des Begriffes der nachhaltigen Entwicklung (»sustainable development«) als Entwicklung »that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs«.

Vordergrund, ob Wachstum denn notwendig einhergehe mit einem Mehr an Wohlstand und Lebensqualität. Dies hat eine breite Debatte ausgelöst, die schon längst die Kreise spezialisierter wissenschaftlicher Diskurse verlassen hat (Pinzler 2011). Zweifellos sind Wachstum und Wohlstand bzw. Lebensqualität in vielen Dimensionen hoch korreliert, aber eben nicht in allen. Vor diesem Hintergrund hat es in den vergangenen Jahren viele Versuche gegeben, diese Differenz zu erfassen und das Bruttoinlandsprodukt als Wachstumsindikator zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Um nur einige zu nennen:

- a. Der Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) und seine Weiterentwicklung zum Genuine Progress Indicator (GPI) basieren auf Konsumausgaben privater Haushalte. Als wohlstandssteigernd wird u.a. der Wert von Hausarbeit und höherer Bildung hinzugerechnet, als mindernd Kosten von Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Luftverschmutzung und der Abbau von Ressourcen (grundlegend Daly/Cobb 1989).
- b. Der Neue Wohlfahrtsindex (NWI), im Auftrag des Umweltbundesamtes entwickelt, bezieht 21 Faktoren mit ein, z.B. privaten Konsum, den Wert unbezahlter Hausarbeit, ehrenamtliche Arbeit, Verbrauch von Rohstoffen und Kosten von Umweltschäden, Kriminalität und alkoholbedingte Krankheiten (Diefenbacher/Zieschank 2008; Diefenbacher/Zieschank 2011).
- c. Der Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen misst neben materiellem Wohlstand auch Bildungsgrad, Lebenserwartung der Bevölkerung und wird als Grundlage eines Vergleichs der Länder in der Welt herangezogen.
- d. Der Index of Economic Well-Being (IEW-B) setzt sich aus vier Teilindizes zusammen: Konsum, Vermögen, Einkommensverteilung und wirtschaftliche Sicherheit. Jeder Teilindex wird aus zwei bis fünf Einzelindikatoren berechnet (Osberg 1985; Osberg/Sharpe 2001)
- e. Spezielle Nachhaltigkeitsindizes wie z.B. der Ökologische Fußabdruck: Dieser zeigt, wie viel Biokapazität umgerechnet in Hektar eine Bevölkerung benötigt, um die von ihr konsumierten Güter und Dienste zu produzieren bzw. die

dabei anfallenden Schadstoffe zu absorbieren (Wackernagel/Rees 1997; Wackernagel/Mathis 2010).⁵

- f. Ein Set von Schlüsselindikatoren wie z.B. das Set der Stiglitz/Sen/Fitoussi-Kommission: unterscheidet zehn Wohlstandsbereiche und innerhalb der Bereiche wieder drei Indikatorebenen. Darauf aufbauend hat der deutsch-französische Ministerrat den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und das Conseil d'Analyse Economique beauftragt, eine Expertise zur Messung von nachhaltigem Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt zu erstellen, die Ende 2010 vorgelegt wurde. Der Bericht schlug in drei Oberkategorien (Wirtschaftsleistung, Lebensqualität, Nachhaltigkeit) insgesamt 25 Indikatoren vor (Sachverständigenrat/Conseil d'analyse economique: 2011).

Daneben haben einige Länder bereits alternative Wohlstandsmessungen eingeführt. Der schlagzeilenträchtigste, der im Anfang auch die Arbeit der Kommission publizistisch begleitet hat, ist der Index des »Bruttonationalglücks«, aus dem Königreich Bhutan.⁶ Aber auch in anderen Ländern ist die Debatte längst angekommen. Kanada etwa hat einen »Canadian Index of Wellbeing« eingeführt⁷, in Australien geben die »Measures of Australia's Progress« Auskunft darüber, ob das Leben in Australien besser wird.⁸ Die Arbeit der Kommission kann also zum einen aufbauen auf einer breiten internationalen Debatte, die einem Unbehagen über das BIP als Indikator für Wohlstand Ausdruck verleiht⁹, zum anderen auch auf bereits etablierten alternativen Messmethoden, die Auskunft über die Frage nach der Lebensqualität in einem Land geben. Hinzu kommen die in den letzten Jahren zunehmenden Arbeiten der happiness-Forschung (Frey 2008),

(5) Den eigenen ökologischen Fußabdruck kann man berechnen bei <http://www.footprint-deutschland.de>. Auch wenn die Genauigkeit sicherlich fragwürdig ist, scheint mir das Konzept doch eine gute heuristische Funktion zu erfüllen.

(6) Näheres unter <http://www.grossnationalhappiness.com>

(7) <http://www.ciw.ca/en>

(8) <http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/mf/1370.0>

(9) Bibliographische Angaben bei: http://www.bundestag.de/dokumente/bibliothek/akt_lit/bibliographien/wachstum_wohlstand_lebensqualitaet.pdf, sowie http://www.bundestag.de/dokumente/bibliothek/akt_lit/bibliographien/wachstum_wohlstand_lebensqualitaet_nachtrag.pdf

die in Deutschland zu dem Versuch einer Operationalisierung mit Hilfe eines „Glücksatlas“ (Köcher/ Raffelhüschen 2011) geführt hat.

⇒ 2 Auftrag der Kommission

Der Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages gibt der Kommission ein breites Aufgabenspektrum vor. Die Kommission soll sich mit fünf Fragenkomplexen beschäftigen. Sie soll *erstens* den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft analysieren. Welche Folgewirkungen etwa haben dauerhaft niedrigere Wachstumsraten auf unser Wirtschafts- und Sozialsystem? Welche Wechselwirkungen gibt es zwischen Wachstum und nachhaltigem Wirtschaften? Wie können Prinzipien einer nachhaltigen Unternehmenskultur stärker als bisher umgesetzt werden? Und: welche Konsequenzen hat nachhaltiges Wirtschaften für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft? All diese Fragen sollen beantwortet werden, nicht zuletzt um »die programmatische Auseinandersetzung mit den Wohlstandsperspektiven Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte« voranzubringen (Deutscher Bundestag Drucksache 17/3853, 2010). Ein ehrgeiziges Programm, aber auch eines, das in besonderer Weise politischen Deutungen zugänglich und von weltanschaulichen Prämissen abhängig ist; ein Konsens über die Parteien ist hier nicht in Sicht. *Zweitens* soll die Kommission einen ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator entwickeln, der das Bruttoinlandsprodukt als Messgröße ergänzt, gleichzeitig aber nicht auf objektive Messbarkeit und Vergleichbarkeit verzichtet. Diese Aufgabe ist das Herzstück der Kommissionsarbeit, denn die Frage, was alles in die Wohlstandsmessung einfließt, wird künftig den politischen Diskurs entscheidend beeinflussen. Ein *dritter* Fragenkomplex betrifft den Zusammenhang zwischen Wachstum und Ressourcenverbrauch und den Möglichkeiten und Grenzen einer Entkopplung. Hier geht es im Wesentlichen um die Frage, ob sich mit technischen Lösungen die Grenzen des Wachstums verschieben lassen und ob sich Strategien zur Vermeidung des sogenannten Rebound-Effektes finden lassen, also dem Verlust von Effizienzgewinnen durch sich ändernde Verhaltensweisen. Eine *vierte* Aufgabenstellung zielt auf die Bedingungen nachhaltig gestaltender Ordnungspolitik. Welche Bedingungen müssen erfüllt sein um das Ziel nachhaltigen Wirtschaftens erreichen zu können? Wie können externe Kosten internalisiert, wie kann die Rolle des Verbrauchers gestärkt werden, welche Rolle kommt dabei dem Staat und dem Markt zu? Schließlich widmet sich ein fünftes Aufgabenbündel der Frage,

welche Rolle Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile auf die Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftens spielen. Ein ambitioniertes Programm, zumal der Deutsche Bundestag in seinem Einsetzungsbeschluss auch den Auftrag formuliert, dass die Kommission konkrete politische Handlungsempfehlungen für ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften entwickeln soll.

⇒ 3 Diskurse der Wachstums- und Postwachstumsgesellschaft

Schon der Einsetzungsbeschluss ist durch seine Überladung an thematischen Fragestellungen durch die unterschiedlichen politischen Interessenlagen geprägt. Diese Diversität unterschiedlicher Zugänge spiegelt sich auch in der Arbeit der Kommission. Idealtypisch lassen sich vier Argumentationslinien unterscheiden, wie auf die Herausforderungen der Krise einer Wachstumsgesellschaft reagiert werden kann (vgl. auch Ott 2011):

Eine konservativ-bürgerliche Sicht plädiert für eine Rückgewinnung von Maß und Mitte. Sie beklagt die Wirkungen, die ungehemmtes und ungebremstes Wachstum auf die Institutionen menschlichen Zusammenlebens hat und bringt die gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Verluste in die Bilanz des Wachstums ein. Gleichzeitig erinnert sie daran, dass es jenseits von Angebot und Nachfrage Dimensionen des Menschseins gibt, die sich den ökonomischen Kalkülen entziehen. Wachstum ist aus dieser Sicht von Wohlstand entkoppelt und hat die Tendenz, sich gegen die Lebensqualität zu richten. Deshalb ist es nun richtig, Wohlstand ohne Wachstum zu denken. Diese Sicht wird prominent von Meinhard Miegel vertreten, der für die CDU/CSU als Sachverständiger in die Kommission entsandt worden ist (vgl. auch Miegel 2010), findet aber auch bis in die Reihen der Bundesregierung Anklang (Schäuble 2011).

Eine techniko-optimistische Sicht plädiert dafür, weiterhin auf Wachstum und Innovation zu setzen, um die dringenden Probleme der Menschheit lösen zu können. Gerade auch die ökologischen Probleme des bisherigen Wachstums können am ehesten durch technische Innovationen (und damit letztlich auch Wachstum) gelöst werden – sei es die Substitution von klimaschädigenden Stoffen und Formen der Energieerzeugung oder die Möglichkeit, Abfälle durch Weiterbearbeitung wieder in den Produktionskreislauf einzubringen. Folgetechnik ist in dieser Interpretation die Folge von Technikfolgen und die Verbreiterung des technischen Wissens hilft letztendlich, Technikfolgen zu neutralisieren; ein Verzicht auf Wachstum käme einer Kapi-

tulation vor den ökologischen und sozialen Problemstellungen gleich, denen sich die Menschheit gegenüber sieht (etwa Paqué 2011).

Der Ansatz des New Green Deal und der New Green Economy ist ähnlich techniko-optimistisch ausgerichtet, betont aber die Rolle des Staates beim ökologischen Umbau der Gesellschaft und als Nachfrager für eine konsequente Umstellung auf ökologische Nachhaltigkeit. Sie teilt mit der techniko-optimistischen Sicht die Annahme, dass Wachstum durch technische Innovation generiert werden kann, verbindet dieses aber mit einem ökologischen Umbau der Gesellschaft. (etwa Jänicke 2008).

Schließlich finden sich auch eine Reihe von kapitalismuskritischen Ansätzen, die in der Natur des Kapitalismus den zentralen Treiber für die Zerstörung der Umwelt sehen und konsequent für eine andere Wirtschaftsordnung eintreten. Damit eng verknüpft sind Ansätze, die einer degrowth-Strategie das Wort reden (Paech 2012). Interessanterweise sind diese Ansätze und der konservative Ansatz in einem Befund einig: Dass es nämlich nicht notwendig in der Natur des Menschen liegt seine Erfüllung in einer Mehrung des materiellen Wohlstands zu sehen und dass »Mehr« nicht »Besser« heißt und deswegen auch Wachstumseinbußen nicht notwendig zu Wohlstandsverlusten führen müssen.

Im Wesentlichen sind alle vier Positionen mehr oder minder stark in den Beratungen der Enquete-Kommission vertreten. Dies macht, wenn man Mehrheitsentscheidungen scheut, eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner wahrscheinlich – und mindert damit freilich auch die Durchschlagskraft eines solchen Abschlussberichts. Allerdings: Zwar lassen sich FDP und Grüne, auch die Linke, in dem genannten Schema einigermaßen sicher verorten, für die beiden Volksparteien sieht dies anders aus. Zumindest bei der Union lassen sich für alle ersten drei Optionen Sympathien spüren, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung. Die SPD ist ebenfalls nicht eindeutig aufgestellt. Die Lust an der grundsätzlichen Kritik des Wirtschaftssystems ist zwar eher randständig, aber die ökologisch-soziale Komponente scheint ebenso stark ausgeprägt zu sein wie eine aus gewerkschaftlicher Sicht betonte Politik für Arbeitnehmer, die stärker techniko-optimistisch ausgerichtet ist. Dies wiederum würde Ideenansätze begünstigen, die jenseits des engen Korsetts von Regierungsmehrheit und Opposition gefunden werden können.

Die Union trifft die Fragestellung der Enquete an einer empfindlichen Stelle; hier werden die Bruchlinien zwischen christlichen, liberalen und konservativen Positionen innerhalb der Union besonders deutlich. Dass der Mensch nicht vom Brot alleine lebe (Mt 4,4) ist seit jeher als

Hinweis verstanden worden, dass die menschliche Existenz sich nicht alleine in der Befriedigung materieller Bedürfnisse erschöpft. Die Berührungspunkte zu einer konservativen Position, die gegenüber einer rein auf materielle Bedürfnisbefriedigung abgestellten Sicht des Menschen Maß und Mitte betont, ist deutlich.

Weniger eindeutig ist die christliche Botschaft mit Blick auf die Natur. Ist die Natur dem Menschen gegeben worden, damit er sie sich untertan mache (Gen 1,28; stärker noch Gen 9,2) oder ist mit diesen Stellen lediglich ein Herrschaftsanspruch markiert, der sich auf das Verwalten des Geschaffenen im Sinne der Hege und Pflege beschränkt? Ist der Mensch also Herrscher und Besitzer im Hause der Schöpfung, wie es René Descartes postuliert hatte, oder lediglich *oikonomos*, also Hausverwalter? Die Frage ist nicht trivial, denn sie berührt die Tiefenstrukturen des Umgangs des Menschen mit der Natur. Seit der frühen Neuzeit hatte sich nämlich der Akzent von der zweiten auf die erste Interpretation verschoben. Natur wurde nicht als Mitgeschöpflichkeit gesehen, sondern als für die Verfolgung menschlicher Zwecke Gegebenes. Dies ist die Grundvorstellung der Moderne: Die Natur ist zum Nutzen der Menschen geschaffen worden; ihre Ressourcen sind grenzenlos; und die Organisation der Natur ist das Werk einer ordnenden Vernunft. Die Natur selbst hat nichts Göttliches, wie es viele Naturreligionen sehen; folglich sind Eingriffe in die Natur auch weder mit einem Tabu bewehrt noch erfordern sie eine rituelle Sühne. Der Mensch versteht sich in dieser Perspektive kaum noch als einen Teil der Natur. Sie kann mit einem Bild von Francis Bacon auf die Folterbank gelegt werden, damit man ihr die Geheimnisse entreißen kann.¹⁰ Die Natur wird »technisch aufgebrochen« (Gehlen 2007,12); die Gewalttätigkeit des damit beschriebenen Vorgangs setzt aber eine Distanz zwischen dem Menschen und der Natur voraus. Sie ist ihm nicht weniger Umwelt im Sinne eines ihn tragenden Milieus, sondern Mittel zur Erfüllung seiner Zwecke.

Mehr noch: Mit der Entfesselung des damit möglich gewordenen technologischen Fortschritts rückte die Möglichkeit nahe, dass sich der Mensch über die technischen Möglichkeiten wieder der ursprünglichen Vollkommenheit nähern könne, der Sündenfall und seine Konsequenzen als quasi aus eigener Kraft überwunden werden könnten. Der Mensch, sich als souverän verstehend, macht seine eigene Geschichte; insofern gehören der souveräne Staat und die

(10) Zu Bacons Sicht der Natur Merchant (1989), 164-190; dort auch das Zitat von Bacon (169).

Denkfigur des souveränen Menschen eng zusammen (Bethke Elshtain 2008). Die säkulare Interpretation der Weltgeschichte als innerweltliche Heilsgeschichte wird vor allem im Begriff des Fortschritts deutlich, der sich seit der Aufklärung auch in der Idee der Veredelung des Menschengeschlechts, in seiner sittlichen Vervollkommnung spiegelt. Beinahe asymptotisch nähert sich das Menschengeschlecht jenen paradiesischen Zuständen an, deren Verlust den Beginn der historischen Zeit markierte, und zwar sowohl hinsichtlich der beinahe sorglosen Lebensweise hinsichtlich der Versorgung mit den Gütern des täglichen Lebens, als auch mit der sittlichen Erhebung der Menschheit auf nie zuvor erreichte Stufen der *perfectibilité*. Freilich, dieser normativ überhöhte Argumentationszusammenhang ist mit der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs und des Holocaust zerbrochen; unter dem dünnen Firnis zivilisatorischen Fortschritts lauert eine Bestialität, die weit über das Hobbes'sche Verdikt, der Mensch sei des Menschen Wolf, hinausgeht. Eine nur technische Rationalität ist eine Verkürzung des Versprechens der Aufklärung.

Vielleicht sind aber auch die Formen der Verrohung im Umgang mit der Natur schon in der Philosophie der frühen Aufklärung angelegt. Descartes beispielsweise sieht in den Tieren Maschinen ohne Seele, Automaten zum Nutzen des Menschen. Sie sind also ohne Empfindung und der Gedanke einer Ehrfurcht vor dem Leben, wie sie Albert Schweitzer als einen zentralen Ausgangspunkt seiner Philosophie formuliert hat, wäre Descartes wohl absurd erschienen. Er hat sich aber mit seiner Philosophie weit aus dem jüdisch-christlichen Verständnishorizont entfernt, wie sie etwa in der Schöpfungsgeschichte zum Ausdruck kommt. Indem der Mensch die Tiere benennt (Gen 2,19f.) bekommen sie Subjektcharakter. Sie tragen Namen, weil sie nicht bloße Objekte sind, sondern als Einzelne vom Menschen benannt worden sind.¹¹

Unschwer ist erkennbar, dass das instrumentelle Verhältnis zur Natur ursächlich für jene Formen ausbeuterischer Produktions- und Konsummuster sind, die nicht unerheblich zu der ökologischen Krise beigetragen haben. Ob dies aber ursächlich auf ein im späten Mittelalter wirkmächtig gewordenes Bild, den Herrschaftsanspruch des Menschen über die Erde betonende Interpretation zurückzuführen ist, kann bezweifelt werden (Groh 1991). Zumindest scheint ebenso

(11) Vgl. hier die aus ökologischer Sicht auch interessante Stelle in Röm 8, 19-24: Demnach hat Adam das Gebot, sich die Schöpfung untertan zu machen, leider so erfüllt, »dass sie ungefragt durch seinen Sündenfall dem Tod und der Vergänglichkeit unterworfen« wurden. Das Versprechen der Erlösung gilt demnach für die gesamte Schöpfung.

richtig zu sein, dass bestimmte Formen des providentiellen Denkens das moderne Nachhaltigkeitsdenken informiert haben. Die Vorausschau und gute Vorsorge, die sich durchaus bruchlos in der Kameralistik in Deutschland auf das Gemeinwohl hin orientieren ließen (Maier 2009), haben die ökonomischen Prozesse noch nicht in ihrer Eigengesetzlichkeit anerkannt, sondern auf politische Zwecke hin geordnet. Gerade dort, wo eine bewusste Politik des Wachstums noch fremd war, stieß man aber früh auf die Anforderung, durch kluges Maßhalten Erträge auf Dauer sicherstellen zu können – es ist kein Zufall dass dann im Forstbereich zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Idee der Nachhaltigkeit formuliert wurde und sich dann in diesem Bereich auch behauptet hat (Grober 2010). Die katholische Soziallehre hat den Begriff aufgenommen und versteht ihn als Solidarität zwischen den Generationen; sie weist überdies auf die »Grammatik« der Natur hin, »die Zwecke und Kriterien für eine weise, nicht funktionelle und willkürliche Nutzung angibt« (Caritas in Veritate 48), verneint mithin eine bloße Zweckhaftigkeit der Natur. In dieser Spannung zwischen, überspitzt formuliert, der Tradition von Descartes und Bacon, welche die Natur ausschließlich als Mittel zum Zweck sieht, einerseits und einer ganzheitlichen, auch generationenübergreifend ausgelegten Perspektive der Natur als Auftrag andererseits liegt gerade auch für die Union eine nicht hintergehbare Schwierigkeit, im Umweltdiskurs einen Konsens zu finden.¹² Es wäre vor diesem Hintergrund im Übrigen spannend, in Fortsetzung von Max Weber nicht nur über die Wirtschaftsethik der Weltreligionen nachzudenken, sondern ebenfalls über die Naturethik der Weltreligionen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Wirtschaften in den unterschiedlichen Kulturkreisen. Ist es denn ein Zufall, dass sich ausgerechnet im jüdisch-christlichen Kulturkreis eine Grundphilosophie entwickeln konnte, die dem wirtschaftlichen Wachstum unter Ausbeutung der natürlichen Ressourcen einen solch hohen Stellenwert eingeräumt hat?

(12) Man kann nur darüber spekulieren welche Folgen es für die Parteienlandschaft in Deutschland gehabt hätte, wenn dieser ganzheitliche Ansatz schon in den siebziger Jahren in der Union Akzeptanz gefunden hätte. Gegenüber der technioptimistischen (und gleichwohl abstrusen) These von Franz Josef Strauß, konservativ zu sein, heiße an der Spitze des Fortschritts zu marschieren, hinter der sich auch der überwiegende Teil der Union wiederzufinden vermochte, hatten die frühen ökologischen Thesen von Hans Herbert Gruhl in der Union keine Heimat.

⇒ 4 Wachstumsverständnis und Indikatordebatte

Vor diesem skizzierten Hintergrund erscheint es beinahe schon als ein Durchbruch, dass sich ein Konsens in der Kommission insgesamt abzeichnet, Wachstum nicht als Ziel verstehen zu wollen, sondern als Mittel. Dies steht zunächst einmal in auffallendem Widerspruch zu dem Stabilitätsgesetz von 1967, in dem das magische Quadrat der Ziele in der Wirtschaftspolitik definiert wird. Als ein Ziel wird ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum vorgegeben.¹³ Die Aufnahme des Wachstums in den wirtschaftspolitischen Zielkatalog widersprach indes den Intentionen der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft; Ludwig Erhard hat sich auch deutlich dagegen ausgesprochen (Gruhl 1983). Die neue Perspektive entsprach indes dem Zeitalter der Globalsteuerung, in der sich staatliche Planungseuphorie zu einer Gewissheit verdichtete. Dies erscheint im Zeitalter der Globalisierung kaum noch zeitgemäß. Überdies erscheint es sinnvoller, Wachstum als ein Mittel in Bezug auf zu erreichende Ziele zu diskutieren, sei es Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand, Glück. Daraus folgt, dass es nicht Aufgabe der Politik sein sollte, Wachstum zu steigern oder es zu begrenzen. Sehr wohl mag es aber Aufgabe der Politik sein, Wachstum auf die für wichtig identifizierten gesellschaftlichen Ziele hin zu optimieren.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Indikatorenendebatte. Der Vorteil des Wachstumsindikators Bruttoinlandsprodukt ist seine hohe Eingängigkeit und die Tatsache, dass eine Reihe von Wohlstandsdimensionen mit Wachstum hoch korreliert sind. Das BIP ist ein kommunikationsfreundlicher Indikator, der sich nicht durch übermäßige Differenzierung dem unmittelbaren Verständnis sperrt. Gleichwohl hat sich die Kommission im Grundsatz darauf verständigt, nicht einen aggregierten Indikator anzustreben. Vielmehr will man einen Indikatorenatz entwickeln, der eine optimale Verknüpfung von Aussagekraft und Kommunizierbarkeit gewährleistet. Dabei soll mit möglichst wenigen Dimensionen und geeigneten Indikatoren innerhalb dieser Dimensionen eine möglichst differenzierte Aussage über den Wohl-

(13) Auch auf Ebene der EU ist die Vorgabe von Wachstumszielen nicht ungewöhnlich. Die Lissabon-Strategie der EU aus dem Jahr 2000 zielte darauf, »die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.« Dazu wurde ein Wachstum von jährlich durchschnittlich drei Prozent zugrunde gelegt.

stand eines Landes sowohl im intertemporalen als auch im internationalen Vergleich ermöglicht werden. (Deutscher Bundestag 2012a) Welche Dimensionen herangezogen werden, ist noch nicht abschließend geklärt; in der Diskussion in der Enquetekommission wurden unter anderem ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Verteilungsgerechtigkeit und Gesundheit genannt (Deutscher Bundestag 2012b). Zumindest ist aber absehbar, dass sich mit einem solchen Indikatorensetz der Bezugspunkt der Wohlstandsdebatten in Deutschland vom Wachstumsindikator ablösen kann. Damit sind allerdings auch Fragen der Ökologie zwingend in den Wohlstandsbegriff miteinzuführen, zumal das Fehlen einer ökologischen Dimension der zentrale Kritikpunkt aller Debatten um das BIP ist.

Eine solche Erweiterung des Wohlstandsbegriffs wäre für die innerdeutsche Debatte zweifellos von hoher Relevanz. Richtig ist aber auch, dass damit nur eine nationale Debatte gekennzeichnet ist. Sollte sich in der Bundesrepublik der Referenzrahmen für Wachstumsprozesse durch die Einführung eines differenzierten Indikatorensetzes verändern, ist dies eben nur eine nationale Entscheidung. Sie berührt nicht den Wunsch und das verständliche Recht weniger entwickelter Staaten, sich einen gleichen oder ähnlichen Wohlstand durch aufholende Wachstumsprozesse zu erwirtschaften. Hier mag ein Gedankenexperiment hilfreich sein. Wenn die Prozesse der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert nicht nur in Europa, sondern zeitgleich weltweit stattgefunden hätten, wären die Kapazitäten der Erde längst erschöpft. In der nachholenden Entwicklung liegen mithin Chancen, das Problem der so genannten Umwelt-Kuznets-Kurve anzugehen.¹⁴ Diese besagt, vereinfacht formuliert, dass arme Länder in der Regel bei intakter und sauberer Umwelt ihre Industrialisierung beginnen und zunächst mit zunehmendem Wachstum (gemessen als Pro-Kopf-Einkommen) auch eine zunehmende Umweltbelastung einhergeht. Erst ab einem bestimmten Grad der Wohlstandssättigung geraten ökologische Fragen in den Blickpunkt. Die Umweltbelastungen sinken in der Folge. Fraglich scheint allerdings, ob der behauptete Zusammenhang tatsächlich kausal ist oder lediglich die Erfahrung einer bestimmten Entwicklung spiegelt. Darüber hinaus erscheinen die Chancen, die Kurve vor ihrem Höhepunkt gewissermaßen zu durchtunneln, schon allein deshalb nicht aussichtslos, weil, anders als bei den früh industrialisierten Ländern, das Wissen um

(14) Die ursprüngliche Arbeit von Simon Smith Kuznets galt dem Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Ungleichheit in der Einkommensverteilung und ist dann auf die Umweltökonomik angewendet worden.

ökologische Zusammenhänge ebenso zur Verfügung steht wie die entsprechenden Technologien. Die Umwelt-Kuznets-Kurve könnte sich also als der Fluch der industrialisierten Vorreiter erweisen und sich bei den später modernisierenden Gesellschaften deutlich abflachen.

Damit allein ist es aber nicht getan. Wohlstand entsteht aus einem Dreiklang von Natur, Technologie und Regeln. Fehlen die Regeln, ist die Plünderung der Ressourcen die Folge. Fehlt die Technologie, sind Armut und Hunger die Folge (Collier 2011, 20). Deswegen ist es auch eine moralische Verpflichtung der entwickelten Länder dazu beizutragen, dass in den sich entwickelnden Ländern durch eine Mischung von *good governance* und technologischem *know how* eigene nachhaltige Wachstumspfade einer nachholenden Entwicklung möglich werden. Dabei dürfen (vorübergehend) auch Fragen der Stärkung einer kommerziellen Landwirtschaft, einer Zurückdrängung von Biokraftstoffen und einer Lockerung des Anbauverbotes von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht tabu sein (Collier 2011, 211-231).

⇒ 5 Wachstum und Ressourcenverbrauch

Eine der wichtigsten Fragen für die Möglichkeit einer nachhaltigen Politik, die Wachstum nicht umstandslos verabschieden will, ist die Frage, ob es gelingen kann, Wachstum von einem Verbrauch der Ressourcen zu entkoppeln. Für die Befürworter des Wachstums ist dies eine entscheidende Frage. Gelingt eine Abkopplung beider Prozesse ist grundsätzlich ein unbegrenztes Wachstum vorstellbar. Dabei müssen zwei Formen der Abkopplung unterschieden werden: Eine relative Abkopplung, die bei steigendem Wachstum einen gleichbleibenden Verbrauch der Ressourcen unterstellt und eine absolute Entkopplung (Reduktion), die einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei steigendem Wachstum vorsieht. Entkopplungsprozesse sind grundsätzlich möglich, sei es durch Substitution (eine Ressource wird durch eine andere ersetzt), durch Kreislaufwirtschaft oder durch eine Änderung im Konsumverhalten. Entkopplung wird zum Lackmustest für eine nachhaltige Entwicklung.¹⁵

(15) Wenn diese noch möglich ist; Dennis Meadows etwa hat in der Anhörung der Enquete-Kommission am 24. Oktober 2011 die Auffassung vertreten, es sei für eine nachhaltige Entwicklung bereits zu spät und die Hoffnung bestehe nur noch darin, Widerstandskräfte (resilience) zu fördern; Videoaufzeichnung der Sitzung: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/oeffentlich/11_sitzung/index.html

Freilich sind Beispiele absoluter Entkopplung selten. Prominentestes Beispiel einer solchen Reduktion ist das Verbot der FCKWs, die für die Schädigung der Ozonschicht mitverantwortlich gemacht wurden. Diese Maßnahme erwies sich als wenig problematisch, weil schnell Substitute gefunden wurden, die die gleiche Funktion erfüllten und darüber hinaus die Anzahl der Produzenten von FCKWs überschaubar war. Ungleich schwieriger wird die Debatte, wenn man an den Verbrauch fossiler Energien denkt (und Atomkraft als Substitut eben nicht mehr zur Verfügung steht). Problematisch ist hier weniger die Verfügbarkeit des Rohstoffes, sondern die Überlastung der Senken durch den Verbrauch der fossilen Rohstoffe und den damit einhergehenden Ausstoß von CO₂. Bei den nichtenergetischen Rohstoffen wird die grundsätzliche Verfügbarkeit als weithin unproblematisch eingeschätzt, wenngleich es aus Sicht der deutschen Wirtschaft bei einigen dieser Rohstoffe mittel- und langfristig zu Problemen kommen kann (Erdmann/Behrendt/Feil 2011).

Eines der grundlegenden Probleme im Zusammenhang mit der Frage der Entkopplung ist das Phänomen des »Rebound«. Dieser kann sich äußern als Aufzehrung von Effizienzgewinnen durch ein verändertes Konsumverhalten, etwa wenn der Stromkonsum nach Einführung effizienterer Beleuchtungskörper steigt; er kann sich bemerkbar machen durch Verschiebung in andere Sektoren, etwa wenn Kostengewinne nach einer Hausdämmung zu CO₂-intensiven Flugreisen genutzt werden. Schließlich können technische Effizienzsteigerungen auch eine Voraussetzung für das Wachstum des Systems im Ganzen sein, wenn etwa durch die Reduzierung von Verbrauchs- und Anschaffungskosten von Autos die Motorisierung in einer Gesellschaft insgesamt steigt. Gesteigerte Ressourceneffizienz führt also nicht zu Ressourcenersparnis und die Möglichkeit einer Reduktion des Ressourcenverbrauchs ist über eine Zunahme der Materialeffizienz nicht gegeben (grundlegend: Madlener/Alcott 2011). Daraus folgt, dass es politischer Entscheidungen bedarf (etwa über Caps, Steuern oder Verbote) um die notwendige und gewünschte Reduktion des Ressourcenverbrauchs zu erreichen.

⇒ 6 Nationalstaat und Global Governance

Aber inwieweit kann eine Gesellschaft effektive Maßnahmen zum Schutz der Umwelt ergreifen? Das Projekt der Moderne beruht auf der Grundannahme der Beherrschbarkeit der natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt. Rationale Welterschließung durch wissenschaftliche Methoden und Verfahren sowie rationale Weltgestaltung

durch wissenschaftlich informierte Politikgestaltung bildeten eine unauflösliche Symbiose. Konservative und progressive Positionen in der politischen Auseinandersetzung unterschieden sich wesentlich durch die Haltung, die zu der Geschwindigkeit des Projekts der Moderne eingenommen wurde. Während »progressiv« mit der Beschleunigung gesellschaftlicher, technologischer und sozialer Umwandlungsprozesse verknüpft war – zumal dann, wenn ein definierbares Endziel vorgestellt wurde – blieb »konservativ« mit jenen politischen Strategien verknüpft, die sich einer Verlangsamung bis hin zu einer Erstarrung von Veränderungsprozessen verschrieben hatten. Die Globalisierung hat diese einfache Gleichsetzung ebenso in Frage gestellt wie die Grundannahmen des Projekts der Moderne. Die Kompression von Raum und Zeit (Harvey 1990) in der Globalisierung steht unter dem Signum der Beschleunigung. Dabei ist die Beschleunigung das konstitutive Merkmal für die Differenzierung der gesellschaftlichen Teilbereiche, die Rationalisierung der Lebenszusammenhänge, die Domestizierung der Natur und die Individualisierung der sozialen Beziehungen (Rosa 2005). Dies führt zu erheblichen Problemen in der politischen Gestaltung.

Wissenschaft unterliegt einem Erkenntnisproblem: Die unterschiedlichen und komplexen Teilsysteme, sowohl in Natur als auch in der Gesellschaft, erlauben weder sichere noch schnelle Beurteilungen. Die Produktion gesicherten Wissens an der Schnittstelle von menschlicher Aktivität und ihren Auswirkungen auf die Natursysteme wird zunehmend schwieriger. Gegenüber der scheinbaren Sicherheit gerade statistischer Aussagen wird der »schwarze Schwan«, die Macht unvorhergesehener und unvorhersehbarer Ereignisse, zur Rache komplexer Systeme an der Tragfähigkeit wissenschaftlicher Aussagen (Taleb 2008). Wissen und Gewissheit (im Sinne von Erwartungssicherheit) fallen auseinander.

Politische Entscheidungen sind zunehmend nicht mehr gestaltend und in die Zukunft gerichtet, sondern nachholend und Folgewirkungen beseitigend. Der zunehmenden Geschwindigkeit von wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen sind wägende und abwägende deliberative politische Prozesse nur noch bedingt gewachsen.

Schließlich kommt es durch die »Entgrenzung und Entstofflichung« der Prozesse der Wirtschaft zu einer Unbestimmtheit politischer Entscheidungszuständigkeit, denen nationalstaatliche Strukturen nicht mehr und internationale Regime und Institutionen noch nicht gewachsen sind. Zwar bleibt der Nationalstaat wegen des nur in seiner Rechtsordnung erfolgten Schutzes des Eigentums noch entscheidender Gestalter der Wirtschaft, aber die grenzüberschreitenden Pro-

zesse von Wirtschaft, Ökologie und Finanzen setzen für effektives Regieren jenseits des Nationalstaats auch robuste *governance*-Strukturen in Ergänzung des Nationalstaates voraus.

Schon im nationalstaatlichen Rahmen sind, durch die Regeln demokratischer Entscheidungsfindung, Zeitverzögerungen zwischen Problemfeststellung und Entscheidung unvermeidlich. Zudem sind demokratische Prozesse gerade im Bereich des Schutzes von Natur und Umwelt nicht nur von einer Kluft zwischen der Feststellung eines Problems, seiner Erforschung sowie der Entwicklung und Implementation von Gegenmaßnahmen betroffen, sondern als allgemeine Interessen in besonderem Maße anfällig für die Einwände organisierter partikularer Interessengruppen (WBGU 2011, 200-204).

Systematisch betrachtet haben ökologische Fragen, wenn sie auf die zunehmende Akzeleration von Entwicklungen hinweisen, die für die Menschheit insgesamt gefährlich werden können, einen gleichen Status wie andere den Staat oder seine Bewohner bedrohende *worst-case*-Szenarien, in denen normale Staatstechnik an die Grenzen geführt wird. Hinter diesen Grenzen aber lauert die Frage des Ausnahmezustands, also die Suspendierung des Rechts zugunsten der Ordnung.¹⁶ Allerdings ist die von den ökologischen Prozessen ausgehende Bedrohung weniger fassbar, diffuser, selten auf einen Punkt konzentrierbar und mit einem Mittel behebbar als etwa Bedrohungen durch konkrete innere und äußere Feinde. Die Gefahr besteht deshalb, dass eine öko-autoritäre politische Entscheidungsstruktur eben nicht die Lösung des Problems der ökologischen Krise ist, sondern durch die vorgenommene Einseitigkeit politischer Entscheidungen die Probleme eher zuspitzt.¹⁷ Darüber hinaus gehören gerade ökologische Fragen in einen Bereich, der nicht durch singuläres, sondern nur durch kollektives Handeln zu beheben ist. Somit haben autoritäre Regime nicht notwendig einen Vorsprung, wenn es um die Umsetzung komplexer Strategien etwa bei der Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, dem Entwickeln neuer innovativer Technologien oder der Umsetzung weitreichender internationaler Schutzstandards geht. Entscheidend scheint vielmehr, dass politische Entscheidungen abgefedert sind durch diskursive Rahmenbedingungen, die das ökologische Problem multilateral ernst nehmen und eine ökologische Durchdringung der Gesellschaft, etwa

(16) Diese Figur geht auf Carl Schmitt zurück; für eine neuere Diskussion vgl. Frankenberg 2009.

(17) Zumal das Problem wissenschaftlicher Erkenntnis in autoritären Regimen zugespitzt gilt, weil dort zusätzlich die Gefahr einer ideologischen Engführung der Wissenschaft besteht.

durch weitgehende Informationsrechte bezüglich des Ressourcenverbrauchs der Produkte, aber auch einer verbesserten Risikobewertung technologischer Innovationen Rechnung tragen (Eckersley 2004). So scheinen in Zeiten der zunehmenden Geschwindigkeit Probleme der governance mit Blick auf die weltweiten ökologischen Fragestellungen weniger durch autoritäre Strukturen lösbar, und auch auf den ersten Blick kaum durch demokratische Verfahren, solange sich diese in einer »Rot-Kreuz-Mentalität« lediglich der Beseitigung von Folgeschäden widmen.

Damit ist in der Globalisierung ein neues Verständnis von Politik erforderlich, das sich den Möglichkeitsräumen von technologischen Entwicklungen widmet und die Multidimensionalität, Eigendynamik und Dialektik von Globalisierungsprozessen ernst nimmt. Ulrich Teusch hat in diesem Zusammenhang das Konzept einer antizipatorischen Politik entwickelt, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sich der künftige Problemdruck mit rasender Geschwindigkeit auf die Gegenwart zubewegt (Teusch 2003). Antizipatorisch zu handeln meint, den Möglichkeitsraum ernst zu nehmen und politisches Handeln ordnungspolitisch auf eine Ethik der Fernverantwortung (Hans Jonas) hin auszurichten. Dass dies nicht grundsätzlich unmöglich ist, zeigt die Einführung der Schuldenbremse in das deutsche Grundgesetz, die von der Sorge informiert war, die fiskalischen Handlungsspielräume künftiger Generationen nicht ungebührlich einzuschränken.¹⁸ Ähnliches wird, unter ungleich schwierigeren Bedingungen, in der globalen Ökologie notwendig werden: Schwieriger deshalb, weil das Paradigma des souveränen Nationalstaats in der Globalisierung an Grenzen stößt, aber auch, weil zunehmende Komplexität und die Akzeleration politischer Entscheidungen besondere Herausforderungen an die Handlungsfähigkeit der Entscheider stellt. Gelingt es nicht, stehen allerdings zwei Gefahren deutlich im Raum: Konflikte um knapper werdende Ressourcen und Konflikte um die Zulässigkeit der Belastung globaler Allmenden. Gerade letztere bergen durchaus die Gefahr »revozierender« Kriege in sich (dazu Zimmer 2010, 63-64), militärischen Interventionen also zum Schutz globaler Allmenden oder zur Verhinderung einer einseitigen Übernutzung. Solche Konflikte können potenziell das internationale System destabilisieren.

(18) Die Tatsache, dass andere europäische Staaten sich erst durch eine massive Krise veranlasst sahen, ebenfalls eine Schuldenbremse einzuführen, mag allerdings mit Blick auf die Formulierung von Prinzipien ökologischer Nachhaltigkeit nachdenklich stimmen – allein aus Vernunftgründen heraus.

Unterhalb dieser eher dramatischen Krisenszenarien bleibt die Frage, welche Rolle einzelne Staaten spielen können. Sicherlich können einzelne Staaten aus Einsicht und Überzeugung eine ökologische Vorreiterrolle einnehmen, doch die Möglichkeit einer systemischen Ansteckung durch eine Politik des guten Beispiels erscheint geringer als vielfach angenommen. Vielmehr müssen in einem durch Eigeninteressen gekennzeichneten internationalen System schon gezielte Anreizsysteme mit einem bottom-up-Ansatz verknüpft werden, um kooperative Lösungen des Klimaproblems, also der Bewirtschaftung einer globalen Allmende, zu lösen (Weimann 2012). Dabei wird sich nicht nur die bundesdeutsche Politik der Frage stellen müssen ob und in welcher Höhe Transferzahlungen zur Lösung des Klimaproblems sinnvoll und politisch durchsetzbar sind.

⇒ 7 Ausblick oder: Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Möglichkeiten unserer Enkel

Unser Zeitalter ist eines im Bewusstsein der Krise. Michael Müller und Johano Strasser etwa sind überzeugt, dass wir »an den Geburtsschmerzen im Übergang zu einer neuen Ordnung (leiden), deren Gesetze noch nicht geschrieben sind« (Müller/Strasser 2011, 20). Ein »Weiter-so« verbietet sich. So ist auch der britische Autor Tim Jackson der Meinung, dass der bisherige Wachstumspfad mit den natürlichen Grenzen der Erde nicht vereinbar ist: »Am Ende des Jahrhunderts«, so spekuliert er, »werden unsere Kinder und Enkel mit einem feindseligen Klima konfrontiert sein, mit erschöpften Ressourcen, zerstörten Lebensräumen, Artensterben, knapper Nahrung, Massenmigration, und, fast unvermeidlich, mit Krieg.« (Jackson 2011, 203). Eine wahrlich düstere Prognose – und es lohnt sich, dagegen noch einmal eine Prognose zu lesen, die in düsterer Zeit geschrieben worden ist. Der Ökonom John Maynard Keynes hat in einem Vortrag im Jahr 1930 über die ökonomischen Möglichkeiten seiner Enkelkinder spekuliert, dass diese, erstmals in einer Überflussgesellschaft und befreit von den ökonomischen Zwängen sich den Lebensunterhalt verdienen zu müssen, sich der Aufgabe gegenüber sähen »how to occupy the leisure, which science and compound interest will have won for him, to live wisely and agreeably and well« (Keynes 1972, 328). Eine optimistische Prognose, zweifellos, die von einem ungebrochenen Fortschrittsglauben ausging und auf lange Sicht den Maschinen die Möglichkeit zuschrieb den Menschen von der Mühe der Arbeit zu entlasten. Freilich, dieser ja schon von Karl Marx vorhergesehene Übergang vom Reich der Notwendigkeit in das der Freiheit

hat aus vielerlei Gründen nicht stattgefunden; die Enkelkinder von Keynes, unsere heutige Generation, sieht sich nicht in der Lage, ein Mehr an freier Zeit zu realisieren (Binswanger 2006). Mehr noch: Viele klagen über einen erheblichen Zuwachs an Arbeitsverdichtung, über eine Kolonisierung der Lebenswelt durch die Arbeitswelt. Die allzeitige Erreichbarkeit mit modernen Kommunikationsmitteln erweist sich mehr als Fluch denn als Segen. Die Generation der Enkel mag zwar der unmittelbaren Sorge um das Überleben und das tägliche Brot enthoben sein, ist jedoch in anderen Gehäusen der Hörigkeit gefangen. Von der Einsicht in diese Abhängigkeit zu einer – über das individuelle Aussteigen hinausgehenden – kollektiven Bewusstseinsänderung ist es freilich noch ein weiter Weg. Wachstum bleibt gegenwärtig: In der Sorge um den Arbeitsplatz, der Sorge um die Sicherung des erreichten Wohlstands, der Sorge um die Chancen für die eigenen Kinder und Enkelkinder. Wachstum bleibt darüber hinaus bestimmend: Nur mit Wachstum, so die Metaerzählung, sind angesichts der demographischen Krise die Sozialsysteme zu befestigen, nur mit Innovation und Wachstum verlieren wir im globalen Wettbewerb nicht den Anschluss, nur technologische Entwicklung und Wachstum sind in der Lage, die globalen Probleme zu lösen. Die Verifikation dieser Thesen durch eine Probe aufs Exempel verbietet sich angesichts dessen, was auf dem Spiel steht: Die Stabilität ganzer Gesellschaften, die im Wachstum die irenische Formel der inneren Pazifizierung gefunden zu haben glauben. Wie schnell Wohlstandsgesellschaften instabil werden können, lässt sich am Beispiel Griechenlands zurzeit anschaulich studieren.

So bleiben auch die wohlfeilen Ratschläge, wo und wie es mit »Weniger« zu bewerkstelligen sei, nicht mehr als populistische Fingerübungen ohne politische Substanz (beispielhaft: Bosshart 2011). Politisch lassen sich weniger Geschwindigkeit, weniger Wertschöpfung, weniger Arbeitsteilung, weniger Produktion oder weniger Fortschritt kaum verordnen. Woran also anknüpfen, um den dringend notwendigen Wandel hin zu ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit bewerkstelligen zu können?

Die unmittelbar individuelle Erfahrung des Menschen ist eine, die auf lange Perspektiven hin angelegt ist: In der Sorge um die Gesundheit, im Ansparen auf eine sichere Altersvorsorge, in der Bejahung der Ehe als eine auf Dauer angelegte Lebensform, in der Sorge um die Kinder und Enkelkinder und deren Absicherung, im generationenübergreifenden Wirtschaften eines Familienbetriebes, im Erwerb von Wohneigentum oder in der Beheimatung. Die viel beklagte Ökonomie der Kurzfristigkeit ist also keineswegs das dominante Lebensmodell der

Menschen, sondern sie orientieren sich an verlässlichen und langfristigen Lebensorientierungen. Dabei spielt Vertrauen eine wichtige Rolle: Vertrauen in die langfristige Stabilität von Institutionen und Lebensumständen als Voraussetzung für eine vernünftige Lebensplanung. Aber nicht nur diese kurz- und langfristigen Perspektiven stehen in einem seltsamen Widerspruch zueinander, sondern auch die Organisation unserer Arbeitswelt und unserer Konsumwelt. In der Arbeitswelt werden wir angehalten, Ressourcen zu sparen, effizient die Zeit zu nutzen, diszipliniert zu arbeiten; in der Konsumwelt gilt Verschwendung von Zeit und Ressourcen und Hedonismus als Voraussetzung für die Bereitstellung immer neuer Konsumgüter (Bell 1976). Diese Bruchlinien zwischen kurzfristiger und langfristiger Orientierung, zwischen Disziplin und Verschwendung, zwischen Muße und Fleiß können nur durch eine Änderung der Wertpräferenzen selbst angegangen werden. Dazu bedarf es allerdings eines Bildungssystems, das Bildung ernst nimmt und nicht lediglich die Vermittlung von anwendbarem Wissen als Bildungserfolg abfeiert. Friedrich Nietzsche hat das böse Wort von der Abrichtung in der Fabrik der allgemeinen Utilitäten geprägt und damit über das Bildungssystem im 21. Jahrhundert vermutlich eine treffendere Diagnose gestellt als für das neunzehnte. Es fehlt heute mehr denn je an Orientierungswissen und an der Fähigkeit über die grundlegenden Bedingungen des eigenen Lebens und des Verhältnisses zu anderen Lebensentwürfen und Kulturen kritisch zu reflektieren. Deswegen ist der Ruf nach einer größeren Bedeutung der Geisteswissenschaften, in der die Fähigkeit zu grundlegender Reflektion gefordert wird, heute aktueller denn je (Nussbaum 2010)¹⁹.

Gleichzeitig hat die Geschwindigkeit der Veränderungen zugenommen – Veränderungen, die den Menschen und seine Aufnahmekapazitäten zu überfordern drohen. Jeder Effekt der Zeitersparnis durch neue Technologien beschleunigt den Rhythmus und die Gedrängtheit unserer Tätigkeiten; am Ende haben wir keine Zeit gewonnen, sondern durch einen eigentümlichen Fall des temporalen Rebound Zeit verloren. Goethes Klage gegen das veloziferische Zeitalter, gegen die eigentümliche Vermischung aus *velocitas* (Geschwindigkeit) und dem Luziferischen, ist heute aktueller als zur Zeit

(19) Die von Nussbaum geforderte Höherbewertung der »humanities« enthält dabei auch Elemente des Spiels, des Tanzes und des Theaters. Zielpunkt ist die Entwicklung einer ganzheitlichen Persönlichkeit. Dies scheint bei der explosionsartigen Vermehrung von Bachelor-Studiengängen mit immer neuen Spezialisierungen völlig aus dem Blick zu geraten. »Fachmenschen ohne Geist« – dieser Befund von Max Weber scheint durch den Bologna-Prozess geradezu revindiziert zu werden (Weber 1973, 380)

der Weimarer Klassik, die wir im Rückblick geradezu als Sinnbild der Beschaulichkeit wahrnehmen. Im Kern dieser Beschleunigung steckt das Eindringen ökonomischer Kategorien in unsere Lebenswelten, eine paradoxe Integration durch Bindungslosigkeit, die das bürgerliche Projekt der Ausgestaltung der Zivilgesellschaft und die Bedeutung der den Menschen stützenden Institutionen gleichermaßen zu unterlaufen droht (di Fabio 2006).

Aber gibt es überhaupt noch eine Alternative, einen Ausweg aus dem Gehäuse unserer Abhängigkeit? Gefährdet ein Verzicht auf Wachstum den Wohlstand, weil die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wirtschaftssystem nicht mehr gewährleistet ist? Lautet unsere Alternative heute Wachstum oder Untergang in der Barbarei oder lautet sie Untergang in der Barbarei durch Wachstum? Weder die Befürworter noch die Kritiker des Wachstums können dies mit abschließender Sicherheit sagen. Deswegen werden sich vermutlich auch die ökonomischen, ökologischen und sozialen Möglichkeiten unserer Enkelkinder weder in einem ökologisch intakten materiellen Paradies noch in einer ökologisch und sozial ruinierten Wüstenei abwickeln, sondern wesentlich davon abhängen, welchen Preis sie für unterschiedliche Formen des Wohlstands zu zahlen bereit sind. Dazu bedarf es aber einer Präferenzordnung, die die ökologischen und sozialen Einbettungen des Menschen und seiner ökonomischen Aktivität ernst nimmt und sie auf die Humanitas zu beziehen in der Lage ist. Das ist nicht nur eine individuelle Anstrengung; die Fähigkeit, die Transformation zu bewerkstelligen, könnte auch der entscheidende Test auf die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie sein (WBGU 2011, 205)

Wir sind vermutlich noch sehr weit entfernt von den Möglichkeiten, die Gene Roddenberry in seiner Star-Trek-Geschichte als Möglichkeit aufzeigt: Eine Welt, in der Ressourcenverbrauch durch die technische Möglichkeit einer Konversion von Energie in Masse weitgehend irrelevant geworden ist; eine Welt, in der Geld als Zahlungsmittel (und damit auch als ökonomischer Wachstumstreiber) keine Rolle mehr spielt; eine Welt, in der billige und saubere Energie unbegrenzt zur Verfügung steht, eine Welt, in der das Wachstum sich wesentlich als Entwicklung der Menschheit definiert, als technischer Fortschritt ebenso wie als eine moralische Vervollkommnung des Menschengeschlechts, wie es die Aufklärung einmal postuliert hatte (Barad 2000). Star Trek entwirft eine Utopie des Möglichen, in der durch die Entwicklung der Technik der Mensch in die Lage versetzt wird, sich auf Gemeinschaftsprojekte der Menschheit schlechthin zu konzentrieren. Die politische Aufteilung der Welt in Staaten erscheint ebenso aufgehoben wie die Unmöglichkeit, gemeinsame Lösungen für die

Bewirtschaftung globaler Allmenden zu finden. Das ist sicherlich weit entfernt von den ökonomischen, ökologischen und sozialen Möglichkeiten unserer Enkel. Aber wenn Stephen Hawking recht hat, dass die heutige Science Fiction das technische Faktum von Morgen sein kann (Krauss 1995, xiii), dann mag dies auch und erst recht für die gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Ordnungsideen gelten. Eingebettet in einer solchen gesellschaftlichen Struktur bestünde auch die Chance für die Enkel unserer Enkel, das beschädigte Horn der Amalthea zu heilen.

Literaturverzeichnis:

Barad, Judith (2000): *The Ethics of Star Trek*. New York: HarperCollins.

Bell, Daniel (1976): *The Cultural Contradictions of Capitalism*. New York: Basic Books.

Bethke Elshtain, Jean (2008): *Sovereignty. God, State, and Self*, New York: Basic Books.

Binswanger, Mathias (2006): *Die Tretmühlen des Glücks. Wir haben immer mehr und werden nicht glücklicher. Was können wir tun?* Freiburg: Herder.

Bosshart, David (2011): *The Age of Less: Neue Wohlstandsformen der westlichen Welt*, Hamburg: Murmann.

Benedikt XVI (2009): *Enzyklika Caritas in Veritate*. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 186, 29. Juni 2009. Download unter: http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/encyclicals/documents/hf_ben-xvi_enc_20090629_caritas-in-veritate_ge.html (Zugriff am 10. April 2012).

Collier, Paul (2011): *Der hungrige Planet. Wie können wir Wohlstand mehren, ohne den Planeten auszuplündern?*, München: Siedler.

Daly, Herman E.; Cobb, John B. Jr (1989): *For the Common Good. Redirecting the Economy toward Community, the Environment and a Sustainable Future*, Boston: Beacon Press.

Deutscher Bundestag Drucksache 17/3853 (2010): *Einsetzung einer Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« vom 23.11.2010*. Download unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/038/1703853.pdf> (Zugriff am 10. April 2012)

Deutscher Bundestag Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«, Kommissionsdrucksache 17 (26), 72 neu (2012a): Arbeitsbericht Projektgruppe 2: »Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindicators« vom 5. März 2012. Download unter: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/enquete/wachstum/oeffentlich/17_sitzung/17_26_72_zwischenbericht.pdf (Zugriff am 10. April 2012).

Deutscher Bundestag Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«, Textarchiv (2012b): BIP soll als alleinige Messgröße ausgedient haben vom 5. März 2012. Download unter: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37893259_kw10_pa_wachstum/index.html (Zugriff am 10. April 2012).

Di Fabio, Udo (2006): Die Kultur der Freiheit. München: Beck.

Diefenbacher, Hans; Zieschank, Roland (2008): Wohlfahrtsmessung in Deutschland. Ein Vorschlag für einen neuen Wohlfahrtsindex. Statusbericht zum Forschungsprojekt FKZ 3707 11 101/01 – Zeitreihenrechnung zu Wohlfahrtsindikatoren – gefördert aus Mitteln des Umweltbundesamtes. Heidelberg u.a., Download unter: http://www.beyond-gdp.eu/download/BMU_UBA_Endbericht_v20_endg.pdf (Zugriff am 10. April 2012).

Diefenbacher, Hans; Zieschank, Roland (2011): Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt, München: oekom-Verlag.

Eckersley, Robin (2004): The Green State. Rethinking Democracy and Sovereignty, Cambridge, MA: Cambridge UP.

Erdmann, Lorenz; Behrendt, Siegfried; Feil, Moira (2011): Kritische Rohstoffe für Deutschland. »Identifikation aus Sicht deutscher Unternehmen wirtschaftlich bedeutsamer mineralischer Rohstoffe, deren Versorgungslage sich mittel- bis langfristig als kritisch erweisen könnte«. Abschlussbericht im Auftrag der KfW-Bankengruppe, Download unter: http://www.kfw.de/kfw/de/II/II/Download_Center/Fachthemen/Research/PDF-Dokumente_Sonderpublikationen/Rohstoffkritikalitaet_LF.pdf (Zugriff am 10. April 2012).

Frankenberg, Günter (2009): Staatstechnik. Perspektiven auf Rechtsstaat und Ausnahmezustand, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Frey, Bruno S. (2008): Happiness. A Revolution in Economics, Cambridge, Mass.: MIT Press.

Gehlen, Arnold (2007): Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, Frankfurt am Main: Klostermann.

Grober, Ulrich (2010): Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, München: Kunstmann.

Groh, Dieter (1991): Religiöse Wurzeln der ökologischen Krise. Naturteleologie und Geschichtsoptimismus in der frühen Neuzeit, in: Ruth Groh; Dieter Groh (1991): Weltbild und Naturaneignung. Zur Kulturgeschichte der Natur, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 11-91.

Gruhl, Herbert (1983): Der Verrat an Ludwig Erhard, in: Der Spiegel 25/1983, 76-77.

Harvey, David (1990): The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change, Cambridge, MA: Blackwell.

Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München: oekom.

Jänicke, Martin (2008): Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat, München: oekom.

Kennedy, Robert F. (1968): Speech at the University of Kansas, Lawrence. Download unter: <http://www.jfklibrary.org/Research/Ready-Reference/RFK-Speeches/Remarks-of-Robert-F-Kennedy-at-the-University-of-Kansas-March-18-1968.aspx> (Zugriff am 10. April 2012).

Keynes, John Maynard (1972): Economic Possibilities for Our Grandchildren, in: Essays in Persuasion (Collected Writings vol. IX). Macmillan, St. Martin's Press, 321-332.

Köcher, Renate und Bernd Raffelhüschen (2011): Glücksatlas Deutschland 2011. Bonn u.a.: Knaus.

Krauss, Lawrence M. (1995): The Physics of Star Trek. New York: BasicBooks.

Madlener, Reinhard; Alcott, Blake (2011): Herausforderungen für eine technisch ökonomische Entkopplung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum unter besonderer Berücksichtigung von Rebound-Effekten und Problemverschiebungen. Gutachten für die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«, Kommissionsmaterialie M-17 (26)13 vom 12. Dezember 2011. Download unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/gutachten/m17-26-13.pdf> (Zugriff am 10. April 2012).

Maier, Hans (2009): Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre. München: Beck (ursprünglich 1966).

Meadows, Dennis. L. et al. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart: DVA.

Merchant, Carolyn (1989): The Death of Nature. Women, Ecology and the Scientific Revolution, New York: HarperOne.

Miegel, Meinhard (2011): Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin: List.

Nussbaum, Martha C. (2010): Not for Profit. Why Democracy needs the Humanities, Princeton: Princeton University Press.

Osberg, Lars (1985): »The Measurement of Economic Well-being«, in: D. Laidler (research coordinator): Approaches to Economic Well-being, Vol. 26, Research Studies of the MacDonald Commission (Toronto: University of Toronto Press). Download unter: <http://www.csls.ca/iwb/macdonald.pdf> (Zugriff am 10. April 2012).

Osberg, Lars; Sharpe, Andrew (2001): The Index of Economic Well-being: An Overview. Revised version of a paper presented at the National Conference on Sustainable Development Indicators organized by the National Round Table on the Environment and the Economy, March 27, 2001, Westin Hotel, Ottawa, Ontario. Download unter: <http://www.csls.ca/iwb/iwb2002-p.pdf> (Zugriff am 10. April 2012).

Ott, Konrad (2011): Vier Pfade in das Postwachstumszeitalter, in: Vorgänge 50.3, Heft 195, 54-69.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München: oekom.

Paqué, Karl-Heinz (2010): Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus. München: Hanser.

Pinzler, Petra (2011): Immer mehr ist nicht genug! Vom Wachstumswahn zum Bruttosozialglück, München: Pantheon.

Radkau, Joachim (2011): Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München: Beck.

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderungen der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung/Conseil d'analyse économique (2011): Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem, Paderborn.

Schäuble, Wolfgang (2011): »Sind wir zu satt für Gott?«, in: Christ & Welt 51/2011.

Taleb, Nicholas (2008): Der schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse, München: Hanser.

Teusch, Ulrich (2003): Die Staatengesellschaft im Globalisierungsprozess. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Wackernagel, Mathis; Rees, William (1997): Unser ökologischer Fußabdruck: Wie der Mensch Einfluss auf die Umwelt nimmt, Basel u.a.: Birkhäuser.

Wackernagel, Mathis; Beyers, Bert (2010): The Ecological Footprint. Die Welt neu vermessen, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): Hauptgutachten Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin: WBGU. Download unter: http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf (Zugriff am 10. April 2012)

Weber, Max (1973): Protestantismus und kapitalistischer Geist, in: Winckelmann, Johannes (Hg.): Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik. Stuttgart: Kröner, 357-381.

Weimann, Joachim (2012): Institutionen für die Beherrschung globaler Commons und global öffentlicher Güter. Kurzexpose für die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«. Download unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/gutachten/m17-26-19.pdf> (Zugriff am 10. Mai 2012).

Zimmer, Matthias (2010): Die Bedeutung des Militärs für die Großmächtepolitik, in: Thomas Jäger (Hrsg.): Die Komplexität der Kriege. Wiesbaden: VS, 54-69.

Zimmer, Matthias (2011): Fortschritt nach der Moderne, in: Vorgänge 50.3 Heft 195, 30-41.

Zitationsvorschlag:

Zimmer, Matthias (2012): Das beschädigte Horn der Amalthea. Gedanken zur Verortung der Arbeit der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages (Ethik und Gesellschaft 1/2012: Postwachstumsgesellschaft). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2012_Zimmer.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialetik

Postwachstumsgesellschaft

Irmi Seidl, Angelika Zahrnt
Postwachstumsgesellschaft: Verortung innerhalb aktueller
wachstumskritischer Diskussionen

Andreas Mayert
Politökonomie und Postwachstum – Bedingte Wachstumsbe-
grenzung durch Selbstbindung der Politik

Barbara Muraca
Gutes Leben jenseits von Wachstum:
eine ethische Perspektive

Matthias Zimmer
Das beschädigte Horn der Amalthea. Gedanken zur Verortung
der Arbeit der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität« des Deutschen Bundestages